

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

14.7.1906 (No. 237)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 14. Juli.

№ 237.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem Bureauvorsteher bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Oberrechnungsrat Karl Hoffmann das Ritterkreuz II. Klasse Höchstzins Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 22. Juni l. J. gnädigt geruht, den Bureauvorsteher bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Oberrechnungsrat Karl Hoffmann, auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem praktischen Arzt Dr. med. Friedrich Wilhelm Sorisch in Feldrenn die untertänigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten von Bayern verliehenen, von Höchstbemselben anlässlich des 70. Jahrestags Seines Eintritts in die Bayerische Armee gestifteten Jubiläumsmedaille zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem Betriebssekretär Hermann Danner in Freiburg die untertänigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Fürstlich Rippischen silbernen Verdienstkreuzes zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich gnädigt bewogen gefunden, dem Geheimen Legationsrat und vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, Kammerherrn Dr. Rudolf Goebel von Garran in Berlin die untertänigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Großoffizierskreuzes des Königlich Serbischen St. Savaordens zu erteilen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 10. Juli 1906 gnädigt geruht,  
1. den Landrichter Alexander Brauer in Mannheim zum Landgerichtsrat und den Amtsrichter Max Brugger in Waldshut zum Oberamtsrichter zu ernennen;  
2. den Staatsanwälten Eugen Meier in Offenburg und Hermann Kuenzer in Waldshut den Rang der Landgerichtsräte, sowie den Notaren

Karl Lederle in Philippsburg, Dr. Richard Ritter in Radenburg, Georg Jacoby in Neckargemünd, Friedrich Krank in Tauberbischofsheim, Adolf Goos in Stodach, Dr. Josef Brandt in Schopfheim und Heinrich Meckel in Triberg den Rang der Oberamtsrichter zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 10. Juli d. J. gnädigt geruht, den Amtsrichter Otto Weiß in Tauberbischofsheim zum Landgerichtsrat in Mannheim,  
die Referendäre Hugo Weisser aus St. Georgen und Dr. Theodor Strobel aus Ostrach zu Amtsrichtern, und zwar Weisser in Tauberbischofsheim und Dr. Strobel in Bretten, sowie  
den Referendär Ludwig Grohe aus Pforzheim zum Sekretär beim Landgericht Waldshut zu ernennen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 2. Juli d. J. gnädigt geruht, dem Privatdozenten der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, Dr. Friedrich Böcker aus Speyer den Titel außerordentlicher Professor zu verleihen.

Mit Entschließung des Evangelischen Oberkirchenrats vom 6. Juli d. J. ist der mit der einstweiligen Vernehmung einer Revidentenstelle bei dieser Behörde betraute Buchhalter Eduard Fesenbech zum Revidenten und der I. Gehilfe Finanzassistent Hugo Mack bei der Ev. Stiftskasse Mosbach zum Buchhalter daselbst ernannt worden.

Durch Entschließung des Präsidenten der Oberrechnungskammer vom 2. Juli d. J. übertragen: dem Bureauassistenten Peter Dechler beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten die etatmäßige Amtsstelle eines Registraturassistenten bei der Oberrechnungskammer.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Der Sieg der Sozialdemokratie in Altena-Nierlohn.

Man kennt die Geschichte von dem Milchmädchen, das eine Kanne Milch nach der Stadt zum Verkaufe bringt und das unterwegs berechnet, wie es vom Erlöse wieder etwas anderes zum Verkaufe anschaffen, wie es davon wieder Geld verdienen wird usw. In diesen angenehmen Träumen versunken, stolpert es über einen Stein, die Milch ergießt sich über die Straße und mit dem schönen Verdienste ist es nichts. Wie dieses Milchmädchen verfuhr die „Germania“, die das Mandat für Altena-Nierlohn schon in der Tasche zu haben glaubte. Wie dieser Wahlkreis durch die Zersplitterung der anderen bürgerlichen Parteien schon für das Zentrum gewonnen zu sein schien, so rechnete die „Germania“ noch auf eine andere Reihe von Wahlkreisen, die trotz katholischer Minderheiten doch dem Zentrum in die Hände fallen könnten. Das Zentrum selbst nannte nicht weniger als acht solcher Wahlkreise und dabei meinte es noch, daß es „nur einige Wahlkreise“ herausgriffe. Nun, die Milchkanne ist der „Germania“ aus der Hand gegelitten und Altena-Nierlohn gehört für die beiden nächsten Jahre der Sozialdemokratie. Wir bedauern dieses Ergebnis der Stichwahl lebhaft, vielleicht entnimmt ihm aber die Zentrumspresse die Lehre, daß die Zersplitterung des Bürgertums allen bürgerlichen Parteien schadet und nur der Sozialdemokratie nützt. Wenn die bürgerlichen Parteien, wie es die „Germania“ für das Zentrum vorge schlagen hat, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen und wenn somit ein Kampf aller gegen Alle eintritt, so wird die Folge davon nur die sein, daß die Sozialdemokratie bei den nächsten allgemeinen Wahlen nicht 81 Mandate wie im Jahre 1903, sondern vielleicht 120 oder noch mehr erhält. Altenburg und Frankfurt a. O. auf der einen, Darmstadt und Altena-Nierlohn auf der anderen Seite — das sind die beiden Gegenpole. In Altenburg und Frankfurt a. O. haben sich die bürgerlichen Parteien von vornherein der Hauptsache nach zusammengeschlossen und dank dieser Einigkeit sozialdemokratische Mandate dem Bürgertum zurückerobert. Darmstadt, das mit Sicherheit ebenfalls hätte zurückgewonnen werden können, verblieb infolge der Zersplitterung des Bürgertums der Sozialdemokratie, und Altena-Nierlohn ist infolge dieser Zersplitterung sogar von ihr dem Bürgertum abgenommen worden. Der Jubel der sozialdemokratischen Presse über diese erste Neuerobertung seit den allgemeinen Wahlen von 1903 ist begreiflich.

Nach dem Ausfall der Hauptwahl am 28. Juni ist der Sieg des Zentrums kandidaten im Wahlkreise Altena-Nierlohn allgemein als sicher angesehen worden. Die damaligen amtlichen Zahlen waren (unter Beifügung der Ziffern der Hauptwahl von 1903 in Klammern) folgende: Der Nationalliberale, Geh. Justizrat Saarman zu Dortmund, erhielt 6552 Stimmen (7440), der Freisinnige, Oberlandesgerichtsrat Müller zu Köln, 7686 (7737), der Zentrumskandidat, Regierungsrat Klode zu Treysa, 7774 (8604), der Sozialdemokrat, Schneider und Reporter Haberland zu Elberfeld-Barmen, 10546 (10146), der Christlichsoziale, Arbeitersekretär Müller, 1634 (1457). In der Stichwahl 1903 hatte der Volksparteiler Reizmann mit 19171 Stimmen über den Sozialdemokraten Gewehr mit 11029 Stimmen gestiegt. Die bürgerlichen Parteien zusammengenommen hatten also in der Hauptwahl am 28. Juni ungefähr das Doppelte an Stimmen gegenüber dem Sozialdemokraten aufgebracht. Die Wahlhilfe der Christlichsozialen durfte dem Zentrum von Anfang an als gesichert gelten. Aber auch die lokalen Parteileitungen der Nationalliberalen und Freisinnigen Volkspartei gaben die Parole für das Zentrum aus. Diese Lösung ist aber seitens der Wählerschaft sehr schwach befolgt worden. Eine große Anzahl bürgerlicher Wähler ist diesmal überhaupt zu Hause geblieben. Der Zuwachs der Zentrumsstimmen aus den anderen bürgerlichen Lagern beträgt 6500 bis 7000 Stimmen. Ueber die Hälfte der Wähler hat also der Parole der Parteileitung die Gefolgschaft verweigert. Noch viel bedauerlicher aber ist, daß auch ein Teil der Wähler aus den bürgerlichen Lagern oder aus einem derselben direkt für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Denn anders läßt sich der Zuwachs des sozialdemokratischen Kandidaten um etwa 4300 Stimmen gegen die Wahl vor 14 Tagen und um 3700 Stimmen gegen die Stichwahl im Jahre 1903 schlechterdings nicht erklären. Ein ziemlich erheblicher Teil der

bürgerlichen und wohl zumeist freisinnigen Wählerschaft in Altena-Nierlohn hat sich also seiner politischen Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Es ist zu befürchten, daß das in Altena-Nierlohn gegebene üble Beispiel ungünstige Nachwirkungen auch in anderen Wahlkreisen zur Folge haben und dem Zusammenschluß des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie sich hinderlich erweisen wird. Bekanntlich ist von der „Germania“ direkt gedroht worden, daß, wenn jetzt nicht der Kandidat des Zentrums in Altena-Nierlohn siegt, bei der Ersatzwahl, die am 19. Juli im Wahlkreis Hagen-Schwelm an Stelle des verstorbenen Abg. Richter stattfindet, der freisinnige Kandidat Cuno nicht zum Siege gelangen, das Zentrum also dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen werde. Wir hoffen zwar, daß es dazu nicht kommen wird, aber der Hinweis auf diesen Vorgang genügt, die Unerfreulichkeit des Altena-Nierlohner Wahlergebnisses auch mit Rücksicht auf die Zukunft zu kennzeichnen. Zugleich hat sich aber auch hier gezeigt, wie bedenklich die Parteizersplitterung im ersten Wahlgang wirken muß. Dem jetzigen Sieg des Sozialdemokraten hat zweifellos die Aufstellung einer aussichtslosen, christlichsozialen Sonderkandidatur die Wege geebnet. Die „Germania“ hat kurz nach der Hauptwahl vor vierzehn Tagen einen vollständigen Feldzugsplan zur Aufstellung von mehr oder minder aussichtsvollen Sonderkandidaturen in bisher von der Partei weniger beachteten Wahlkreisen entworfen, deren Eroberung man sich nach dem Vorgang von Altena-Nierlohn als möglich dachte. Mit vollem Recht hat aber die „Kreuzzeitung“ darauf aufmerksam gemacht, daß solche Parteizersplitterung, wie sie kleinere Parteien bieten und nun auch die „Germania“ systematisch züchten wollte, ein schweres Uebel sei, das am letzten Ende immer der Sozialdemokratie zugute komme, also von allen nationalen Parteien bekämpft werden müsse. Die Laßt der Kandidatenaufstellung in möglichst zahlreichen Wahlkreisen würde allerdings nur der Sozialdemokratie Gewinn bringen, die in erheblich mehr Bezirken in die Stichwahl gelangen würde, als wenn ein weitgehendes Zusammengehen der Wähler schon in der Hauptwahl herbeigeführt würde. Daß die bürgerlichen Parteien sich möglichst zeitig einigen, ist aber auch aus dem Grunde erforderlich, weil auch dann, wenn der Sozialdemokrat in die Stichwahl gelangt, später eine Abkommandierung der Wählerschaft in ein bisher gegnerisches bürgerliches Lager seitens einer Parteileitung nur zu leicht erfolglos bleibt. An Lehren, die aus dem Verlauf der Wahlaktion in Altena-Nierlohn gezogen werden können, fehlt es also wahrlich nicht.

### Der Abschluß der württemb. Verwaltungsreform.

SRK. Stuttgart, 13. Juli.

Unter den Errungenschaften des jetzt in die Ferien gegangenen „Reformlandtags“ tritt an Bedeutung gleich neben der Verfassungsrevision die Verwaltungsreform hervor. Auch sie bringt jahrzehntelange, heftige und zähe Kämpfe zum Abschluß und in ihrer Wirkung wird sie vielleicht noch tiefer greifen, denn sie bringt für alle die einzelnen Gemeinwesen, aus denen der Staat sich aufbaut, und für einen weitverzweigten, einflussreichen Beamtenstand einschneidende Änderungen. Die Schwierigkeiten des Werkes, das ausgerechnet vier Jahre bis zu seiner endgültigen Verabschiedung erforderte, lagen nicht bloß in dem Umfang des Stoffes, der an Kraft und Zeit sowohl der Regierung als der Stände ganz ungewöhnliche Anforderungen stellte. Vielmehr griffen die Kämpfe, die um dieses Gesetzgebungswerk geführt wurden, weit mehr als bei der Verfassungsrevision in die breite Öffentlichkeit hinaus und sie nahmen, da vielfach persönliche Interessen im Spiel waren, einen viel heftigeren und gereizteren Ton an. Wichtige Demonstrationen, wie der Gemeindevetertag, wurden gegen die Regierungsvorschläge aufgegeben, und die merkwürdigsten Schwankungen und Schwenkungen der Parteien erschwerten und gefährdeten bis in die letzten Tage hinein das Gelingen dieses Gesetzgebungswerks. Man kann daher lebhaft mitfühlen, welche Genugtuung jetzt im Ministerium des Innern herrschen mag, daß die Gemeinde- und die Bezirksordnung, wenn auch einzelne Vorschläge und selbst ganze Teile des Entwurfs gefallen sind, im großen ganzen doch nach den Richtlinien, welche die Regierung vorgezeichnet hatte, zur ständigen Verabschiedung gelangten. Es bedurfte dazu, wie bei der Verfassungsrevision, zahlreicher Kompromisse und wiederum ist es die Erste Kammer, die

(Mit einer Landtaasbeilage.)



auch hier einen wohlthätigen Einfluß in mäßigendem Sinne geübt hat.

Wie die Verfassungsrevision mit den Privilegierten der Zweiten Kammer, so beseitigt die Verwaltungsreform mit der Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers in Württemberg fast ausschließlich eigentümliche Einrichtungen, die, politisch unhaltbar geworden, dem Lande unzweifelhaft gute Dienste geleistet und große Vorteile gebracht hat. Mag die Lebenslänglichkeit auch manchen Auswüchsen der Eigenmächtigkeit und Gewalttätigkeit Vorschub geleistet haben, so ist sie andererseits einem gerechten, fürsorglichen, eifrigen und tätigen Regiment in den Gemeinden überaus förderlich gewesen und war für ganze Generationen ausgezeichnet, charaktervoller Männer der erspriesslichen Boden, auf den sie nicht nur für ihre Gemeinde, sondern für ganze Bezirke und in noch weiterem Kreise eine höchst gemeinnützige Tätigkeit entfaltet haben. Dabei hatte die Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers noch ihre besondere Bedeutung für das ganze Gefüge des Staates, sie war bei einer sonst durchaus demokratisch gestalteten Gemeindeverfassung die konservative Macht, die bis in die untersten Verzweigungen des öffentlichen Lebens hinabreichte. Was mit dieser Einrichtung aufgegeben wird, ist darum im Grunde noch bedeutungsvoller als die Aenderung in der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften, zumal es bei der Verwaltungsreform nicht in gleichem Maße gelungen ist, neue konservative Gegengewichte einzuschalten. Hier handelt es sich vielmehr nur um Skatellen gegen allzu schädliche Wirkungen der künftig geltenden periodischen Wahl, Skatellen, die aber ihrerseits selbst wieder im Gesetz manigfache Abschwächungen erfahren haben und deren Anwendung in der Praxis nicht selten recht schwierig sein wird. Eine kräftigere Wirkung als die Skatellen der staatlichen Bestätigung werden allerdings die Pensionen üben, welche die Gemeinden den nicht wiedergewählten Ortsvorstehern zu zahlen haben. Im übrigen muß man hier in weitem Maße vertrauen auf den gefundenen Sinn des Volkes, das schließlich doch immer die Nützlichkeit und Redlichkeit eines Ortsvorstehers schätzen und nur seinen eigenen Vorteil wahrnehmen wird, wenn es nicht Agitationen die Oberhand gewinnen läßt, deren Sieg der Qualität der künftigen Ortsvorsteher bloß abträglich sein könnte. Die Ergebnisse der Aufhebung der Lebenslänglichkeit werden übrigens, da keine Rückwirkung stattfindet, erst nach einem längeren Zeitraum allgemein in die Erscheinung treten. Sollten sie in einzelnen Fällen ungünstig sein, so wird hier schon der Zusammenschluß der Gemeindebeamten in ihren Berufsvereinigungen eine wirksame Gegenwehr bilden können, sofern Gemeinden, in denen sich ein tüchtiger Ortsvorsteher nicht halten kann, rasch in Verfall kommen und von Bewerbern gemieden sein werden. Wie die Ärzte ihr Caberet gegen einzelne Gemeinden veröffentlichten, wie der schweizerische Pfarrverein gelegentlich mit der Berufserklärung einzelner Gemeinden gegen untractable Wählerchaften Front macht, so werden auch im Gemeindevorteil sich wirksame Waffen der Selbsthilfe für diejenigen Ortsvorsteher finden lassen, die aus ihrem Beruf ihren Lebensunterhalt gewinnen. Vielleicht aber hat die Einführung der periodischen Wahl teilweise auch die günstige Wirkung, daß dem Vordringen des Berufsschultheismus etwas Einhalt getan wird, und wieder mehr Bauern- und auch Bürgererschultheisen an die Spitze der Gemeinden kommen, was allerdings voraussetzt, daß solchen Männern eine Entlastung von den formalen Geschäften so weit als möglich gestattet und erleichtert wird. Im übrigen wird man sagen können: Reformen wie diese, die der Bevölkerung mit so weitem Vertrauen entgegenkommen, werden auf Bewährung gegeben. Bewähren sie sich nicht, so müßte die unausbleibliche Folge eine Aenderung des Gemeindevahlrechts in bezug auf die Ortsvorsteherwahlen sein. Vorerst aber wird man sich gern der Hoffnung anschließen, der der Minister des Innern in der Ersten Kammer Ausdruck gegeben hat, daß auch diese Reform dem Lande zum Segen gereichen werde.

### Mobile Gendarmerie in Amerika.

\* Eine ähnliche Organisation, wie die mobile Gendarmerie in Frankreich ist kürzlich im Staate Pennsylvania eingerichtet worden. Dort wurde nämlich ein Gendarmeriekorps in der Stärke von 620 Mann und acht Offizieren aufgestellt und diese Truppe in vier Schwadronen zu je zwei Offizieren, fünf Sergeanten und 150 Gendarmen eingeteilt. Das Korps ist in erster Linie dazu bestimmt, in ähnlicher Weise, wie es in Frankreich der Fall sein soll, in den Minendistrikten für Ordnung zu sorgen und die Zivilbehörde zu unterstützen. Schon seit 20 Jahren machen die Unruhen in den Kohlengruben den Behörden Pennsylvaniens sehr viel zu schaffen und oft mußte zur Unterdrückung derselben die Miliz herangezogen werden. Aber abgesehen von den großen Kosten, die daraus entstanden, hat die Inanspruchnahme des Militärs bei diesen Gelegenheiten, gleich wie in Frankreich, sehr viele Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt, und dabei nicht immer zum Ziele geführt. Die Bevölkerung zeigte wiederholt zunächst gar keinen Respekt vor der Truppe und erst wenn diese zur Feuerwaffe griff, gelang es, einigermaßen Ordnung zu schaffen. Seitdem aber das Gendarmeriekorps eingerichtet ist, haben sich die Verhältnisse in Pennsylvania sehr gebessert. Man ist bei dieser Organisation von dem Gedanken ausgegangen, daß etwa ein Gendarm auf hundert Meuterer zu rechnen sei, und hat bei den unlängst ausgebrochenen Unruhen in Yatesville bestätigt gefunden, daß mit dieser Verhält-

nisberechnung auszukommen sei. Früher hätten mehrere Milizkompanien nicht ausgerichtet, während es jetzt einem Zuge von 10 bis 20 Gendarmen ohne jedes Blutvergießen gelang, die Unruhestifter auseinanderzujagen und dabei gleichzeitig die Hauptthugenden festzunehmen. Das Korps ist in vier Ortsschaften innerhalb des Kohlenreviers untergebracht. Alle Leute sind beritten und können auf den vorhandenen guten Straßen oder auch im Notfall vermittelst der Eisenbahn schnell überall dorthin gelangen, wo ihre Anwesenheit erforderlich erscheint. Jeder Gendarm erhält jährlich an Besoldung 3744 Franken, jeder Sergeant 5000 Franken, jeder Leutnant 6000 Franken und der Kapitän 7500 Franken, Pferd, Uniform und Quartier bekommt die Gendarmerie vom Staat; dagegen müssen sich die Leute selbst beköstigen, was eine monatliche Ausgabe von 50 Franken erfordert. Die Mannschaft verpflichtet sich auf eine zweijährige Dienstzeit, für jede Kapitulation wird eine Prämie gezahlt, die sich nach der Charge richtet. Die Uniformierung ist grau und schwarz mit einem dunkelblauen Helm.

### Dreyfus' Freisprechung.

(Telegramme.)

\* Paris, 13. Juli. Der Abgeordnete Pressensé erteilte seine Zustimmung zu dem Vorschlage der Minister, die Diskussion der Frage der Infolge des Dreyfusprozesses zu ergreifenden Maßnahmen zu vertagen. Der Ministerpräsident kündigte Pressensé an, daß die Regierung beschloß, dem Parlament eine dringliche Vorlage zu unterbreiten, nach der Oberst Picquart wieder in den früheren Stand eingesetzt und zum Range eines Brigadegenerals befördert werden und nach der ferner Dreyfus, der Kraft Rechts durch Rehabilitierung wieder ins Heer aufgenommen sei, zum Range eines Eskadronchefs vorgeschlagen werden soll. Pressensé richtete an die Regierung das Ansuchen, Dreyfus zum Ritter des Ordens der Ehrenlegion zu ernennen. Pressensé wird morgen bei der Regierung und der Kammer den Antrag stellen auf Ausschluß der an den falschen schuldigen oder beteiligten Offiziere aus dem Heere; er wird ferner beantragen, diejenigen Offiziere, die Ritter der Ehrenlegion sind, wegen Unwürdigkeit vor den Ordensrat zu stellen und den Beschluß des Ordensrates aufzuheben, der ihn, Pressensé, seinerzeit, weil er sich an der Verteidigung Dreyfus' beteiligte, aus den Reihen der Ehrenlegion gestrichen hat. In Erwiderung auf die Gesuche mehrerer Deputierten erklärte die Regierung, sie werde die Initiative ergreifen, um in allen französischen Gemeinden das Urteil des Kassationshofs zum öffentlichen Anschlag zu bringen. Die Vorlage wegen Wiedereinsetzung Picquarts und Dreyfus' in ihre militärischen Stellungen soll heute in der Kammer eingebracht und sofort zur Beratung gestellt werden. Sobald sie, wie als sicher erwartet wird, angenommen ist, wird die Regierung für ihre sofortige Erledigung im Senat eintreten, damit die Angelegenheit unverzüglich geregelt wird.

\* Paris, 13. Juli. Es heißt, daß Dreyfus seinen Rang als Major mit dem Datum des 30. September 1901 erhalten werde.

\* Paris, 13. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt die Witwe Bolas den Deputierten Breton, welcher die Ueberführung der Lebereste Bolas nach dem Rantzen beantragen soll, zu ersuchen, von dem Antrag abzusehen.

\* Paris, 13. Juli. In der heutigen Vormittagsitzung der Deputiertenkammer brachte Kriegsminister Etienne unter dem Veil des Hauses beide Gesetzentwürfe ein, wonach Dreyfus und Picquart wieder in das Heer eingestellt werden sollen und zwar Dreyfus als Major und Picquart als General und wonach beide Offiziere in der Liste der Anwärter auf den Orden der Ehrenlegion eingetragen werden sollen.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 13. Juli.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag in Schloß Baden die Vorträge des Präzidenten Dr. Nicolai und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und nahm die Meldung des Oberstleutnants Legde, Kommandeurs des Kurmärkischen Dragonerregiments Nr. 14 entgegen. Zur Frühstückstafel der höchsten Herrschaften waren Ihre Durchlauchten der Prinz und die Prinzessin Biron von Curland, die Fürstin Obolensky, der Kaiserlich Russische Geheimerat von Martens, Baron von Gemüller und Oberstleutnant Legde eingeladen. Gegen Abend werden Generaladjutant General der Artillerie von Müller und Gemahlin in Schloß Baden eintreffen und an der Abendtafel teilnehmen.

\* Am 15. Juli d. J. wird die auf der Straße Karlsruhe-Eppingen zwischen den Stationen Wöflingen und Bretten gelegene, neu errichtete Station Dürrenbüsch dem Betrieb übergeben. Die Station ist für den Personen-, Reisegepäck-, Eppreßgut-, Milch-, Traglasten-, Telegraphen- und Kleinwischverkehr eingerichtet.

\* (Handelschule der Abteilung I des Badischen Frauenvereins.) Mit dem laufenden Monat geht wieder ein Schuljahr der vom Badischen Frauenverein eingerichteten, unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin stehenden Handelschule des Badischen Frauenvereins für Mädchen in seinem Ende entgegen. Im verflossenen Schuljahr war diese Handelsabteilung von 24 Mädchen im Alter von 15 bis 25 Jahren besucht. Die Kursteilnehmerinnen erhielten Unterricht in einfacher und doppelter Buchführung (deutsch und amerikanisch), Handelskorrespondenz und Kontopraxis, Handelskunde und Wechselrecht, kaufmännischem Rechnen und Handelsgeographie, französischer und englischer Handelskorrespondenz, Schönschreiben und Rundschreiben, sowie in Stenographie und Maschinenschreiben. Am 28. März d. J. beehrte Ihre königliche Hoheit die Großherzogin die Anstalt mit ihrem Besuche und wohnte einige Stunden dem Unterrichte an, über dessen Erfolge sich die hohe Protektorin in anerkennenden Worten äußerte. Wie bisher so dürften auch in diesem Jahre die Herren Prinzipale offene Stellen in hiesigen kaufmännischen Betrieben nicht ungern mit Damen besetzen, welche die Handelschule des Badischen Frauenvereins erfolgreich absolviert haben. Nähere Auskünfte in der Hinsicht werden jederzeit von dem Stellenvermittlungsbureau des Badischen Frauenvereins, Herren Nr. 43, bereitwillig erteilt. Das neue Schuljahr beginnt Mitte September. Anmeldungen werden schon

jetzt von dem Vorstand der Abteilung I des Badischen Frauenvereins, Gartenstraße Nr. 47, 2. Stod., entgegengenommen.

\* (Stadtgartentheater.) Morgen Samstag wird die „Puppe“ zum dritten Male wiederholt. Frä. Gräblich spielt wie in den vorhergehenden Vorstellungen die Titelrolle. Am Sonntag folgt eine Wiederholung der „Geisha“, eine weitere Wiederholung der beliebten Operette „Tann nicht stammten“. Wegen Vorbereitungen zu der Operettenshow „Schützenliebe“ von Edm. Gysler bleibt am Montag das Theater geschlossen.

\* (Aus dem Polizeibericht.) Aus dem Hausgang einer Wirtschaft in der östlichen Kaiserstraße Nr. 41 ein Unbekannter am 9. d. M. ein Fahrrad, Marke Grignon, mit der Polizeinummer 19 031 Abh. im Werte von 100 Mark. — In der Nacht zum 9. d. M. wurde einem Geschäftsmann in der Goethestraße ein Schaufenster eingeschlagen und ihm dadurch ein Schaden von 140 Mark zugefügt. — Im hiesigen Hauptbahnhofe wurde in der Nacht zum 11. d. M. einem Hausburschen, als er kurz zuvor mit dem Zuge ankam, ein Segeltuch-Handtuch mit Kleidungsstücken im Werte von 80 Mark entwendet. — Verhaftet wurden u. a. eine 36 Jahre alte ledige Köchin aus Liebenzell, welche dringend verdächtig ist, mit einem Arbeiter in der Kriegstraße eingebrochen zu sein und Beisetz im Werte von etwa 40 Mark gestohlen zu haben. Der Mittäter ist flüchtig; eine 21 Jahre alte Kellnerin aus Raftatt, weil sie sich in einem hiesigen Geschäft auf falschen Namen Waren erschwindelte; ein 37 Jahre alter verheirateter Tagelöhner aus Strazburg, der sich einen Revolver kaufte und damit seine Ehefrau, mit der er in Ehe scheidung lebte, zu erschlagen drohte.

\* Heidelberg, 12. Juli. In der Stadthalle hat vorgeherrscht Richard Dohme einen Zyklus seiner „Reisegedichte“ und die „Lebensmesse“ vorgetragen und einen tiefen Eindruck gemacht. Er war einer Einladung aus akademischen Kreisen gefolgt.

\* Baden, 13. Juli. Das Operetten-Ensemble des Stadttheaters in Strazburg, Direktion Steinert und Laßmann, wird morgen Samstag den 14. Juli sein erstes Gastspiel im hiesigen Theater absolvieren. Zur Aufführung gelangt die Operettenshow „Schützenliebe“ von Edm. Gysler, dem erfolgreichsten Komponisten des lustigen „Bruder Strabinger“.

\* w. Waldshut, 13. Juli. Aus Leipzig wird berichtet: Das Reichsgericht behandelte gestern über die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Landgerichts Waldshut vom 13. März, durch welches der katholische Pfarrer Michael Gaifert wegen Verleitung zum Meidein in der Wahlangelegenheit freigesprochen wurde. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Freiburg i. Br. Weiter wird gemeldet: Die Verhandlung vor dem Landgericht hier am 13. Juli gegen Pfarrer Gaifert vom Gündelwangen findet nicht statt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Siebers, hat dem Vernehmen nach die Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts Wundorf zurückgezogen.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. Der nächstjährige Verbandstag badischer Kandidaten findet in Mannheim statt. — Aus Anlaß des im nächsten Jahre stattfindenden 300 jährigen Jubelfestes soll in Mannheim ein großer Stenographentongress aller Systeme abgehalten werden. — Der Badische Schullehrerverein wird seine nächstjährige Generalversammlung in Mannheim abhalten. — Auch die deutschen Rosenzüchter werden 1907 in Mannheim tagen. — In der Lotterie zugunsten des Umbaus der Stuttgarter Niederhalle fiel der zweite Gewinn mit 10 000 M. einer unbemittelten Marktfrau in Forstheim zu. — Der Verein Krankenfürsorge badischer Lehrer, welcher 1346 Mitglieder zählt, hielt in Offenburg seine Mitgliederversammlung ab. Die Einnahmen betragen 1905: 17 137 M., an Krankengeld wurden 10 296 M. ausbezahlt. Seit Bestehen des Vereins kamen 42 000 M. an erkrankte Mitglieder zur Auszahlung. Das Vermögen beträgt 22 420 M. — Der 50 Jahre alte Leonhard Falk in Lauf geriet unter sein Fuhrwerk und wurde so schwer verletzt, daß nach kurzer Zeit der Tod eintrat. Falk hinterläßt eine Witwe und vier noch unminore Kinder. — Beim Wettspielen anlässlich des 50jährigen Stiftungsfestes des Schweizer Männerchors in Lörrach erhielt der Gesangverein Schopfheim in der Abteilung Kunstgesang den ersten Preis. — Letzten Sonntag feierte in Sodenheim Herr Hauptlehrer Schlotterer sein 50jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar ist nahezu 25 Jahre an der hiesigen Volksschule tätig. — Der Bau eines Eisenbahnsteges für badische Eisenbahnbeamte u. Bedienstete in Badenweiler dürfte noch diesen Monat in Angriff genommen werden. Die Kosten sind auf 335 000 Mark veranschlagt. — Der Gipsereifer in Waldshut ist beendet. Vereinbart wurde 10stündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 50 Pf.

### Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Landwirtschaftliche Besprechungen. Am Sonntag den 15. Juli in Wöflingen, Afsamstadt und in Geschwend; am Sonntag den 22. Juli in Durbach. Generalversammlung des Kreditvereins. Am Sonntag den 22. Juli in Wüdenau. Generalversammlungen der Orts-, Konsum- und Abgabvereine usw. Am Sonntag den 15. Juli in Wüdingen und in Laidenbach; am Sonntag den 22. Juli in Grenzach; am Sonntag den 29. Juli in Sezan. Generalversammlung des Erthal-Bauländer Getreidelagerhauses am Sonntag den 15. Juli in Cubigheim, und der Raßgeflügelzuchtgenossenschaft Sundheim am 15. Juli in Sundheim.

### Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

\* Braunschweig, 12. Juli. Wegen verweigerter Wiederaufnahme der Arbeit hat der Arbeitgeberverband heute die Aussperrung der sämtlichen organisierten Maurer und Bauarbeiter beschlossen.

\* Rom, 13. Juli. Nach 14tägiger Dauer des Streikes werden durch Vermittlung des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs erneute Verhandlungen mit den Transportarbeitern aufgenommen. Die Streikbahnen bietet nunmehr Lokführern im Gesamtbetrag von 90 000 Lire pro Jahr. Die Arbeitskammer befürwortet die Annahme der Zugeständnisse. Die Beilegung des Streikes scheint wahrscheinlich.

### Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

\* Paris, 13. Juli. Der Senat beriet in seiner gestrigen Sitzung die Amnestievorlage. Kräftig die Launah (national.) bekämpfte die Vorlage und brachte die Forderung



Leutnants Lantour durch Ausständige in Courrières zur Sprache. Redner drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die Gerichte sich mit der gar nicht bestehenden Verschwörung befaßten, worauf der Ministerpräsident Sarrien erklärte, daß die Gerichte ihre Schuldigkeit täten und versicherte, daß bedeutende Summen von politischen Parteien in der Korruptionsangelegenheit ausgegeben worden seien. Sarrien schloß mit der Erklärung, die Amnestie wolle die Ruhe im Lande wiederherstellen. Prévoist de Launay forderte Sarrien auf, ihm die Akten zu zeigen. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Der Senat nahm auf Antrag des Ministerpräsidenten Sarrien mit 202 gegen 25 Stimmen einen Antrag an, wonach die der Verschwörung angeklagten Personen von der Amnestie ausgeschlossen werden. Ein Antrag, als Verbrechen zu bezeichnende Handlungen ebenfalls von der Amnestie auszuschließen, der sich gegen die von der Confederation du travail begangenen Handlungen richtete, wurde mit 188 gegen 94 Stimmen abgelehnt und hierauf die Amnestievorlage im Ganzen mit 265 gegen 2 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm das Haus unter großem Beifall der Linken mit 184 gegen 29 Stimmen einen Antrag Monis an, nach welchem für Scheurer-Kestner und Tarrieu Plätze im Senatgebäude aufgestellt werden sollen. In der Begründung seines Antrages betonte Monis, daß es ein natürliches Verlangen sei, denen ein Denkmal zu setzen, die zuerst sich bemüht hätten, Licht in die Dreyfusaffäre zu bringen.

\* Paris, 12. Juli. In der Nachmittagsitzung der Deputiertenkammer nahm dieselbe mit 454 gegen 48 Stimmen die Vorlage betreffend die Abänderung des Polltarifs an, durch die 28 Positionen des Generaltarifs einige Erhöhungen erfahren. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde über die vier direkten Steuern beraten. Finanzminister Poincaré teilte mit, daß das Gleichgewicht des Budgets dadurch hergestellt worden sei, daß er keinen Betrag für die Amortisation der Schuld eingeseht habe. Das Budget für 1907 enthalte 91 Millionen neue Ausgaben, während die Einnahmen 80 Millionen weniger als bisher aufweisen. Es müßten also neue Einnahmequellen erschlossen werden. Der Minister legte dann das Projekt der Regierung betreffend die Einkommensteuer dar, wenn die Kammer diesem Projekt nicht zustimme, werde er zurücktreten. Der Augenblick sei gekommen, wo die bisherigen vier direkten Steuern durch eine Steuer zu ersetzen seien, die alle Einnahmen treffe.

### Die Neuorganisation des englischen Landheeres.

(Telegramm.)

\* London, 12. Juli. Unterhaus. Bei der Beratung des Heeresetats gab Kriegsminister Salbanc eine längere Erklärung betreffend die Vorschläge der Regierung über die Neuorganisation des Heeres und die Verminderung der Ausgaben ab. Das Ergebnis dieser Vorschläge ist, daß während gewisse Verminderungen im Friedensetat möglich gewesen seien, England noch imstande sei, ein Expeditionskorps von 150 000 Mann nach auswärts zu entsenden und die effektive Stärke dieser Streitmacht unvermindert während der ersten Stadien des Feldzuges aufrechtzuerhalten. Der Generalstab habe unter Zugrundelegung dieser Grundsätze einen Plan für die Neuorganisation der Streitkräfte ausgearbeitet. Wenn die Vorschläge der Regierung verwirklicht werden, würde die so organisierte Streitmacht für den überseeischen Dienst um 50 Prozent stärker sein, als irgend ein Expeditionskorps, das bis jetzt von England zu organisieren versucht worden sei. Es sei möglich, eine solche Streitmacht mit reduziertem Friedensstand zu organisieren, aber nur unter der Bedingung, daß die Miliz sich für den Auslandsdienst zu Kriegsdiensten verpflichte. Die Regierung schlage vor, daß die Armee 20 000 reguläre weniger haben solle als jetzt. Salbanc erklärte schließlich, die Kavallerie solle unverändert bleiben, während Vorstreichungen würden zur Mobilisation von 63 Batterien zur Vervollständigung der Expeditionskorps, die bestehen würde aus 50 000 Mann aktiven Regularien, 70 000 Mann regulärer Reserve und 30 000 Mann Miliz. Die indischen Truppen sollen unverändert bleiben. Die Mehrzahl der abzuschaffenden Bataillone sei in den Kolonien stationiert. Für die Verteidigung des Mutterlandes gegen feindliche Angriffe und für Verstärkungen für die Expeditionskorps müßte hauptsächlich auf die Yeomanry und die Freiwilligen gerechnet werden. Für bessere Organisation der beiden letzteren Streitkräfte werde jetzt vom Generalstab ein Plan ausgearbeitet. Bei der Organisation des Expeditionskorps habe sich die Regierung von der Möglichkeit leiten lassen, daß eine lange Friedenszeit komme oder daß alle Nationen sich entschließen, ihre Rüstungen in großem Maße herabzumindern. Die Regierung habe deshalb einen Spielraum gelassen, so daß die Streitmacht zusammengezogen oder ihre Bildung vergrößert werden könne je nach dem Stande der Politik. Der Notwendigkeit der Herabziehung der Heeresausgaben stimme er zu. Die Demokraten verlangten Erleichterung der erdrückenden Heereslasten und die Regierung habe geglaubt, in dieser Bewegung die Führung übernehmen zu sollen. Die Meinungen des Hauses über den Vorschlag des Kriegsministers waren geteilt. Während einige Redner die vorgeschlagene Herabminderung als unmöglich bekämpften, waren andere der Ansicht, daß sie nicht weit genug gehe. Der Kriegsminister erwiderte schließlich, es sei unmöglich, es allen recht zu machen, und erklärte, die Regierung beabsichtige, an dem vorgeschlagenen Plan festzuhalten.

### Zur Lage in Rußland.

(Telegramm.)  
Die Reichsbüma.

\* St. Petersburg, 13. Juli. Auch gestern wurde wieder über die Vorgänge in Jalyt oft verhandelt, doch boten die Debatten nichts wesentlich bemerkenswertes mit Ausnahme des Vorschlages eines polnischen Priesters, den Präsidenten damit zu beauftragen, dem Kaiser volle Wahrheit über jene Vorgänge mitzuteilen. Der einzige Abgeordnete, der für die Regierung eintrat, war Stachomitsch, der ausführte, es läge kein Grund zu der Annahme vor, daß die Regierung den Pogrom arrangierte, der nur dazu beigetragen hat, Beruhigung auf den Börsen hervorzurufen und sogar Befürchtungen von internationalen Verwicklungen wachzurufen. Kosofschin widerlegte die Ausführungen Stachomitschs und schlug die Annahme einer sehr scharf gehaltenen Tagesordnung vor, in der die Regierung beauftragt wird, den Pogrom in Jalyt ordnungsgemäß zu haben, und in der ferner der sofortige Rücktritt des Kabinetts gefordert wird.

\* St. Petersburg, 13. Juli. Hier kam es gestern zu bedeutenden Ausschreitungen. Eine große Menschenmenge überfiel eine Anzahl Lastfuhrer mit Monopolbranntwein, leerten die Flaschen und stürzten die Wagen um. Hinzukommende Polizeimannschaften und Kosaken wurden mit Steinen beworfen. Die Kosaken machten von ihrer Nagaika Gebrauch. Erst spät abends gelang es, den Ruhestörungen ein Ende zu machen. Durch Steinwürfe wurde der Polizeimeister, sowie mehrere Polizeioffiziere und Schutzleute schwer verletzt.

\* Warschau, 13. Juli. Die Erregung unter den Juden hat bis spät in die Nacht angehalten. Tausende von Juden haben die Stadt mit der Eisenbahn und mit Dampfzügen zum Teil auch zu Wagen verlassen. Mittwoch am späten Abend veranstalteten die jüdischen Zeitungen Extraausgaben, die auf Grund von Versicherungen des Oberpolizeimeisters die jüdische Bevölkerung beruhigten.

\* St. Petersburg, 13. Juli. Ueberall in den westlichen und südlichen Gouvernements, wo den ausgesprengten Gerüchten zufolge, gestern, am Peter- und Paulstage, Judenhegen stattfinden sollten, verlief nach den vorliegenden Drahtmeldungen der gestrige Tag ruhig.

\* Alexandropol, 13. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, entstanden die Unruhen in der hiesigen Sappeurbrigade infolge des Gerichts, daß die in Tiflis abgetheilten Soldaten des Regiments Mingrelia angekommen seien, damit hier ihre Hinrichtung vorgenommen würde. Der diensthabende Offizier, der die Mannschaften zu überreden versuchte, die Gewehre stehen zu lassen, erhielt mit dem Gewehrkolben einen Schlag ins Gesicht. Herbeigerufene Truppen entwarfen ohne Blutvergießen die Meuterer, die, als sie einfanden, daß das von den Agitatoren verbreitete Gerücht falsch war, sich völlig beruhigten.

\* Sewastopol, 12. Juli. Die Leiche des Admirals Tschuchnin ist nach dem Palais des Admirals überführt worden. Des gegen den Admiral verübten Anschlags ist der Gehilfe des Gärtners verdächtig, da er seit der Mordtat verschwunden ist.

\* Kamyschkin (Gouv. Saratow), 13. Juli. Aus Anlaß der Verabfolgung faulen Fleisches aus einem städtischen Laden kam es hier zu Ausschreitungen. Eine große Volksmenge nahm den Stadthauptmann und den Kreischef gefangen und erzwangen die Freigabe zweier politischer Gefangener. Nur die Verwahrung der letzteren verhinderte eine Mißhandlung der beiden Beamten.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Hammerfest, 12. Juli. Die „Hamburg“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord traf gestern hier ein. Die „Hamburg“ hute auf dem Wege von Tromsø bei aufflarem Wetter und ruhiger See eine herrliche Fahrt durch die Schären und Fjorde. Die Temperatur war 7 Grad Celsius. An Bord ist alles wohl.

\* Berlin, 13. Juli. Seine Majestät der Kaiser hat folgendes Handschreiben, datiert Drontheim, 8. Juli, an den Kultusminister Studt gerichtet: Nachdem der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesvertretung gefunden hat, kann ich mir nicht verlagern, Ihnen zu diesem Erfolge meinen wärmsten Glückwunsch auszusprechen. Wenn es durch dieses Vernehmlich gelungene ist, die seit einem halben Jahrhundert vorbehaltene Ordnung der Unterhaltung der Volksschulen in einer erprobten und allen billigen Anforderungen Rechnung tragenden Weise gesetzlich festzulegen, so ist dieses glückliche Ergebnis in erster Linie Ihrer aufopfernden und hingebenden Tätigkeit und dem geschickten Eingreifen zu verdanken, durch welches Sie die Verhandlungen und Arbeiten in ihren einzelnen Phasen gefördert haben. Für Ihre mir und dem Vaterlande geleisteten treuen Dienste verleihe ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler, dessen Abzeichen ich Ihnen hierneben zugehen lasse. Unter dem erneuten Ausdruck meines förmlichen Dankes verbleibe ich Ihr wohlgeneigter König Wilhelm R.

\* Wien, 13. Juli. Der Wahlreformausschuß nahm die Erhöhung der auf Krain entfallenden Mandate, von 11 auf 12, an. Es wird dadurch ein neues deutsches Mandat geschaffen.

\* Paris, 13. Juli. Das gestern in der Kammer verteilte Gelbbuch über die Konferenz von Algieras enthält zum Teil nur die Sitzungsprotokolle dieser Konferenz, ferner die von dem Minister des Aeußern Bourgeois in der Kammer am 12. April abgegebenen Erklärungen, sowie ein Schreiben des italienischen Botschafters Terzielli an Bourgeois über den Erfolg der Mission Malmusi.

\* Paris, 12. Juli. Paul de Cassagnac, Mitherausgeber der „Autorité“, hat infolge des gegen seinen verstorbenen Vater gerichteten Angriffs des früheren Kriegsministers André in dessen Veröffentlichungen im „Matin“ den Sohn André, den Leutnant André, zum Duell herausgefordert. Leutnant André hat die Forderung angenommen. Der Sohn des in demselben Artikel beleidigten Generals Pellieux richtete gleichfalls an den Sohn André eine Herausforderung.

\* London, 12. Juli. Der Kongreß der Handelskammern des britischen Reichs, der zurzeit hier tagt, hat mit 107 gegen 35 Stimmen eine von den kanadischen Handelskammern vorgeschlagene Resolution angenommen, die sich dafür ausspricht, daß den einzelnen Teilen des Reichs in kommerzieller Beziehung Vorkzugsbehandlung gegenüber dem Auslande zu gewähren sei.

\* Bukarest, 12. Juli. Aus Anlaß des 40jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Königs von Rumänien überreichte eine Abordnung des russischen Wolodgaregiments, dessen Inhaber der König ist, diesem einen Ehrenschäbel. Zu Ehren dieser Abordnung fand auf dem Schloß Boloß bei Sinaia ein Festmahl statt, bei dem der König einen Trinkspruch ausbrachte. Er dankte für das Ehrengeschenk und lehrte sein Glas auf das Wohl und Glück des Kaisers Nikolaus, der Kaiserin und auf den Ruhm der russischen Armee.

\* Washington, 12. Juli. Das Staatsdepartement erhielt eine Depesche seiner diplomatischen Vertreter in San Salvador, nach der der frühere Präsident Regalado, der Führer der Truppen Salvadors, in einem Kampfe, der gestern stattfand, gefallen sei.

\* New-Orleans, 13. Juli. Ein amtliches Telegramm, das der hiesige Konsul von Guatemala erhielt, meldet,

daß der Kampf zwischen den Truppen von San Salvador und Guatemala, in welchem Regalado fiel, bei El Zidaro stattfand, und daß die Truppen von San Salvador eine Niederlage erlitten.

\* Tanger, 12. Juli. Wieder ereignete sich hier ein bedenklicher diplomatischer Zwischenfall. Rajuli ließ einen im Dienst des russischen Geschäftsträgers stehenden Eingeborenen festnehmen und prügeln. Da der Mißhandelte seiner Dienststellung wegen unter russischem Schutz steht, übermittelte der Geschäftsträger sofort eine Beschwerde an den hiesigen Vertreter des Sultans und setzte in dieser für die Leistung einer Genugtuung eine Frist von drei Tagen. Zugleich setzte er die hiesigen Kollegen des diplomatischen Korps von der Entscheidung in Kenntnis.

\* Kapstadt, 11. Juli. Von Steinkopf sind 1000 Sottentotten, alte Männer, Frauen und Kinder südlich Springfontein gebracht worden.

\* Durban, 13. Juli. Messini und Mahlebuttagimuni, zwei Hauptführer der aufständigen Zulus, haben sich ergeben.

### Verschiedenes.

† Straßburg, 13. Juli. Der Gemeinderat beschloß die Uebernahme der Artilleriekaserne an die Stadt, sowie die Erbauung einer Ersatzkaserne und Vermietung an die Militärverwaltung.

† München, 12. Juli. Das Oberste Landgericht verwarf heute die Revision des Pariser „Matin“ gegen das Urteil des Landgerichts München, durch das die „Münchener Neuesten Nachrichten“ von der Anklage der Beleidigung des „Matin“ freigesprochen waren. Diese Angelegenheit ist somit endgültig zugunsten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ entschieden.

† München, 13. Juli. Der von Lindau kommende Schnellzug 79 stieß in der Station Kaufering auf einen im zweiten Gleis stehenden Güterzug. Die Maschine und fünf Wagen entgleiteten. Ein Leuchtbohrer wurde getötet. Ein Zugführer und ein Schaffner wurden leicht verletzt. Ein Hilfszug brachte die Reisenden, die sämtlich unverletzt sind, um 1½ Uhr nach München.

† Havre, 13. Juli. Im Anschluß an den Kampf um den Postal von Frankreich, bei dem die deutsche Jacht „Felia“ hiege, veranstaltete die deutsche Kolonie ein Festmahl zu Ehren des Siegers und der Mitglieder des Komitees der „Ligue Maritime Française“, bei dem der deutsche Generalkonsul von Orben den Vorsitz führte. Ein von einem deutschen Teilnehmer ausgebrachter Trinkspruch auf Frankreich zur See wurde mit lautem Hurra aufgenommen, während die Musik die Marschallkappe spielte.

† London, 13. Juli. Bei Sandereff in der Nähe von Crawley (in Sussex) stürzte gestern ein Automobilomnibus, da seine Bremsvorrichtung versagte, einen Abhang hinunter. Sechs Personen wurden getötet und 20 verletzt.

† Newyork, 13. Juli. Bei dem Bau des neuen Platzhotels ermordeten 30 Unionsarbeiter einen Spezialpolizisten, zwei andere wurden schwer verwundet. Die Beamten beschützten Leute, die nicht der Union angehören. Der schreckliche Kampf fand in der 8. Etage auf schwankendem Bretterboden statt. Vorher entfernten die Arbeiter eine schmale Leiter und schnitten damit ihren Opfern den einzigen Rettungsweg ab.

### Zum Lössbergrutsch.

© Bern, 12. Juli. Da die Simplonlinie für den Verkehr eröffnet ist, steht jetzt die Frage der Anschlußlinien wieder auf der Tagesordnung. Der Kanton Bern hat in dieser Hinsicht einen Beschluß gefaßt, der für die Gotthardlinie nicht ohne Folgen bleiben wird. Der Große Rat des erwähnten Kantons hat nämlich das Projekt der Durchbohrung des Lössbergs, eines Bergmassivs, welches die Kantone Bern und Wallis von einander scheidet, angenommen. Die Kosten der bezüglichen Arbeiten werden auf 83 Millionen Franken geschätzt. Die Lössberglinie würde nicht bloß Bern, sondern auch Basel direkt mit dem Simplon verbinden und die Entfernung zwischen Basel und Mailand würde sowohl über den Simplon, wie über den Gotthard, nahezu die gleiche sein, woraus für die Gotthardlinie eine gefährliche Konkurrenz erwachsen kann. Mit Rücksicht auf diese Eventualität hat der Bundesrat lange gezögert, seine Zustimmung zu der Durchbohrung des Lössbergs zu geben. Die Lössberglinie wird auch eine ernste Konkurrenz für die französische Gesellschaft der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn bilden, weil die französische Ostbahn von Paris über Basel den Simplon ebenso rasch erreichen wird, als die Linie der erwähnten Gesellschaft über Genf.

### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd.

vom 13. Juli 1906.  
Das barometrische Maximum, das gestern den Atlantischen Ozean bedeckte, hat sich seitdem auf den Südwesten Europas verlagert; von hier aus zieht sich ein schmaler Keil hohen Druckes in das Binnenland herein. Minima liegen über der Nordsee, über dem Alpengebiet, sowie über dem Osten Europas. Das Wetter ist dementsprechend trüb oder unbeständig, vielfach regnerisch und dabei kühl. Kühles und veränderliches Wetter ohne erhebliche Niederschläge ist zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 13. Juli früh:  
Lugano Regen 13 Grad; Biarritz wolfig 18 Grad; Nizza wolkenlos 19 Grad; Triest wolkenlos 22 Grad; Florenz wolkenlos 19 Grad; Rom halbbedeckt 21 Grad; Cagliari wolkenlos 21 Grad; Brindisi wolkenlos 24 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. in mm	Feuchtigk. in %	Wind	Witterung
12. Nachts. 9 <sup>00</sup> U.	754.0	15.1	8.7	65	N	bedeckt
13. Mrgs. 7 <sup>00</sup> U.	754.2	11.7	9.0	88	NNE	"
13. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	753.9	18.9	7.2	46	N	"

Höchste Temperatur am 12. Juli: 20.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.0.  
Niederschlagsmenge des 12. Juli 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 13. Juli, früh: Schutterinsel 3.63 m, gestiegen 47 cm; Rehl 3.71 m, gestiegen 18 cm; Maxau 5.12 m, gefallen 3 cm; Mannheim 4.81 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.  
Druck und Verlaag:  
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



# Zur gefälligen Beachtung!

Infolge des bestehenden Mangels an Natur-Eis ist der Brauereibetrieb in höherem Maße auf die künstlichen Kühlrichtungen angewiesen und es muß deshalb eine Einschränkung in der Abgabe von Eis eintreten.

Die unterzeichneten Brauereien haben daher beschlossen, ihren Wiederverkäufern nur dasjenige Eis zu liefern, welches zum Kühlhalten des Bieres bis zu dessen Verkauf unentbehrlich ist; sie sind aber nicht in der Lage, weitergehende Ansprüche, wie sie seither ungerechtfertigterweise immer mehr erhoben worden sind, zu erfüllen. Der Eisbezug aus Wirtschaften und Flaschenbierhandlungen, der an sich unberechtigt ist, wird also fortan unzulässig sein.

Die unterzeichneten Brauereien halten es für angezeigt, berechtigtes Publikum hieron zu unterrichten und anheimzustellen, etwaigen Eisbedarf anderweitig zu decken.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß es den Kaufleuten bei Strafe der Entlassung verboten ist, Eis schenkungsweise oder gegen Vergütung abzugeben; es wäre daher auch die unberechtigte Annahme von Eis aus deren Hand verwerflich und strafbar.

## Sommer 1906.

- Bruchsal: Bruchsaler Brauerei A.-G.
- Durlach: Brauerei Eglau A.-G. Karl Wagner.
- Edingen: Edinger Aktien-Brauerei vorm. Gräfl. v. Oberndorf'sche Brauerei.
- Ettlingen: Brauerei-Gesellschaft am Huttenkreuz A.-G.
- Grünwinkel: Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Presshefenfabrikation vorm. G. Sinner.
- Heidelberg: Schroedl'sche Brauerei-Gesellschaft.
- Karlsruhe: Brauerei-Gesellschaft vorm. S. Moninger. Heinrich Fels. Friedrich Hoepfner. Karl Kammerer. Karlsruhe Brauerei-Gesellschaft vorm. K. Schrempf. Mühlburger Brauerei vorm. Freihrl. v. Seldeneck'sche Brauerei. A. Prinz. Union-Brauerei A.-G.
- Rastatt: C. Franz G. m. b. H. Hofbrauhaus August Hatz Söhne. Brauerei-Aktiengesellschaft vorm. D. Streib.
- Speyer: Brauerei zum Storch A.-G.

# Königlichen Tierärztlichen Hochschule in München

Beginnt das Wintersemester 1906/07 am 15. Oktober. Inskription vom 15. bis 23. Oktober; Anfang der Vorlesungen: 24. desselben Monats. Vorlesungen, Lehrplan, Prüfungsordnungen und Jahresbericht können gegen Einsendung von 90 Pf. durch das Sekretariat der Hochschule bezogen werden.

Derz. Direktor: R. Hofrat Dr. Albrecht.

# Stadtgarten-Theater

Karlsruhe.

Samstag den 14. Juli 1906:

## Die Puppe

Operette in 3 Akten und 1 Vorspiel von Edmond Audran.

Musikalisch gebildet

## Kantor

für die israel. Gemeinde in St. Ludwig gesucht. Bewerber hat Religionsunterricht zu erteilen und muß das Schächten übernehmen. Anfangsgehalt 1600 M. Meldungen an C. P. Weill, Buchhalter, St. Ludwig. B. 679.2.1

## Drogerie

# CARL ROTH

Großh. Hoflieferant  
Herrenstr. 26 • Karlsruhe  
Telephon 180

Größtes Geschäft  
der  
Drogen-, Kolonial-, Material-  
und Farbwaren-Branche  
am Platze 40.37

Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle  
• • • • • Gewerbe • • • • •  
Gute und billige Einkaufsquelle für  
Lebensmittel • • • • •  
Preislisten stehen gerne zu Diensten  
Prompter Versand nach auswärts.

## Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage. B. 610.22. Nr. 8798. Freiburg. Der Kaufmann Jakob Mader in Freiburg, vertreten durch Rechtsanwalt M. Sinner alda, klagt gegen den Metzger Gottfried Treffinger, früher in Daxlanden, jetzt an unbekanntem Ort, aus Abtretung der Darlehensforderung der Wilhelm Kutterer II Eheleute in Daxlanden, mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare, kostenfällige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des Teilbetrages von 300 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom 1. Mai 1906 und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Freiburg IV - Zimmer Nr. 8 - auf

Samstag den 29. September 1906, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Freiburg i. B., den 9. Juli 1906.  
Hofmann,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts IV.

## Öffentliche Zustellung.

B. 567.22. Nr. 11445. Konstanz. Der Fabrikarbeiter Martin Erdringer zu Singen, vertreten durch Rechtsanwalt Spiegel in Konstanz, klagt gegen seine Ehefrau Karolina geb. Huber, zuletzt in Singen wohnhaft, jetzt an unbekanntem Ort, aus dem Vorwurfe des Ehebruchs gemäß § 1565 Abs 1 B.G.B. mit dem Antrage auf Erlassung eines Urteils dahin: „Die am 13. November 1902 zu Donauechingen abgeschlossene Ehe der Streitparteien wird wegen Verschuldens der Beklagten geschieden. Die Beklagte hat die Kosten zu tragen“, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Konstanz auf

Mittwoch den 7. November 1906, vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Konstanz, den 26. Juni 1906.  
Neumann,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

## Öffentliche Zustellung einer Klage.

B. 560.22. Nr. 6013. Mannheim. Die minderjährige Lina Krichenlober von Sennfeld - Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Weinberg hier - klagt gegen den Friedrich Steigleder von Michelbach, früher zu Mannheim, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte ihr Vater und daher zu ihrem Unterhalt verpflichtet sei, mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung einer von der Geburt der Klägerin an, d. i. 30. Januar 1906, bis zum vollendeten 16. Lebensjahre laufenden Unterhaltsrente von vierteljährlich 40 M.  
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Mannheim auf

Mittwoch den 24. Oktober 1906, vormittags 9 Uhr,  
bestimmten Termin.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Mannheim, den 2. Juli 1906.  
Roth,  
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

## Öffentliche Zustellung einer Klage.

B. 653.22. Pforzheim. Der Verkäufer Ferdinando Murie in Pforzheim klagt gegen den Weinhändler Edouard Bissot, früher wohnhaft in Karlsruhe, Luisenstraße 14, 3. Et. an unbekanntem Ort, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 300 M. rückständigem Gehalt und 50 M. Entschädigung wegen Vertragsbruchs, sowie zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Kaufmannsgericht zu Pforzheim auf

Donnerstag den 16. August 1906, vormittags 11 Uhr,  
Rathaus Zimmer Nr. 1.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Pforzheim, den 11. Juli 1906.  
Der Gerichtsschreiber des Kaufmannsgerichts:  
Anselment.

## Öffentliche Zustellung einer Klage.

B. 692. Nr. 11396.21. Triberg. Der minderj. Franz Knäbel in Stollhofen, vertreten durch seinen Vormund Wilhelm Knäbel, Bauwirt zu Stollhofen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Bittich in Triberg, klagt gegen den Hans Kuhn, Maler, früher zu Triberg, jetzt an unbekanntem Ort abwesend, unter der Behauptung, daß B. K. Klager der Vater des am 6. Februar 1905 in Stollhofen von der ledigen Bäuerin Verta Knäbel in Stollhofen geborenen Klägers sei und er der Mutter in der gesetzl. Empfängniszeit, nämlich in der Zeit vom 9. April bis 8. August 1906 begenommen habe, mit dem Antrage, auf vorl. vollstreckbare Verurteilung des Bekl. zur Zahlung einer im voraus zu entrichtenden Geldrente von vierteljährlich 45 M. von der Geburt des Klägers an bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres und zwar die rückständigen Beträge sofort. Die künftig fällig werdenden am 5. Mai, 5. August, 5. November und 5. Februar jedes Jahres.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Triberg auf

Montag den 15. Oktober 1906, nachmittags 3 Uhr.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht

Triberg, den 7. Juli 1906.  
Rödle,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

## Aufgebot.

B. 583.3.3. Rehl. Der Stationsmeister Paul Braun in Rehl, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schröder in Straßburg, hat das Aufgebot der Lebensversicherungspolice der Lebensversicherungsbank zu Bremen, Nr. 43 096, vom 16. April 1884 über 2000 M., lautend auf den Namen des Antrafflers, zum Zwecke der Kraftlosklärung beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag tag 14. Februar 1907, vormittags 9 Uhr, vor dem diesseitigen Gerichte - Zimmer Nr. 1 - anberaumten Aufgebots-Termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Rehl, den 3. Juli 1906.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Maurer.

## Konkursverfahren.

B. 694. Nr. 7091. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Juwelenschleifers und Goldarbeiters Hermann Apel in Mannheim O 7, Nr. 13, wurde Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:  
Freitag den 17. August 1906, vormittags 10 Uhr, Saal C. Mannheim, den 11. Juli 1906.  
Der Gerichtsschreiber  
Großh. Amtsgerichts Abt. 13:  
Roth.

## Konkursverfahren.

B. 693. Nr. 552. Mannheim. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Becker hier, alleinigen Inhabers der Firma Becker's Delikatessengeschäft hier, E. 4. 1, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.  
Zum Konkursverwalter wurde ernannt: Kaufmann Friedrich Bühler in Mannheim.  
Konkursforderungen sind bis zum 12. September 1906 bei dem Gerichte anzumelden.  
Zugleich wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Befestigung eines Gläubigerausschusses und über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
Dienstag den 7. August 1906, vormittags 10 Uhr,  
sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den 20. Sept. 1906, vormittags 10 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgerichte Abt. II, II. Stock Zimmer Nr. 111, Termin anberaumt

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. September 1906 Anzeige zu machen.  
Mannheim, den 11. Juli 1906.  
Der Gerichtsschreiber  
Großh. Amtsgerichts II.  
Roth.

## Bekanntmachung.

B. 695. Triberg. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Anton Duffner, Musikwerkmeisters von Furtwangen, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.  
Triberg, den 6. Juli 1906.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Rödle.

## Strafrechtspflege.

### Labung.

B. 691.3.1. Nr. 35 191. Mannheim. Karl Schweinle, geboren am 4. Januar 1882 zu Kleinfelden, Amt Neresheim, Schloffer, zuletzt wohnhaft in Mannheim, 3. Et. unbekannt wo, wird beschuldigt, daß er als beurlaubter Gefreiter der Reserve ohne Erlaubnis ausgemwandert ist.  
Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 R.-Str.-G.-B.  
Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts, Abt. IX, hierseits nochmals auf  
Mittwoch den 5. September 1906, vormittags 8 1/2 Uhr,  
vor das Großh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 Str.-P.-Ord. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgefertigten Erklärung vom 22. Mai 1906 verurteilt werden.  
Mannheim, den 11. Juli 1906  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Grabenstein.

## Öffentliche Labung.

Der Johann Friedrich Passiert, geboren am 17. April 1883 zu Hoffenheim (Baden), zuletzt wohnhaft gewesen in Lehe, Adolfsstr. 8, wird beschuldigt, als W.-hülfiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichte militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs 1 Nr. 1 St.-G.-B.  
Derselbe wird auf  
Sonntag den 29. September 1906 vormittags 9 Uhr,  
vor die Strafkammer bei dem königlichen Amtsgerichte in Geseesmünde, Zimmer Nr. 21, zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Zivilvorsitzenden der Strafkommission in Geseesmünde über die der Anklage zugrunde liegenden Tatsachen ausgefertigten Erklärung verurteilt werden.  
Geseesmünde, den 14. Juni 1906.  
Der königliche Staatsanwalt.

## Vermischte Bekanntmachungen.

Bei dieser Stelle ist vom 1. August 1. J. ab auf die Dauer von 3 Monaten eine **Kanzleihilfsstelle** zu besetzen gegen eine Jahresgebühr von 3 M.  
Bewerber aus der Zahl der Verwaltungsoffiziere und Zivilpionieren sollen ihre Gesuche mit Zeugnissen bis **August 20. d. M.** bei uns einreichen.  
Mosbach, den 7. Juli 1906.  
Großh. Bezirksamt.  
Dörle. B. 609.3.3

## Wasserleiung Hoppetenzell.

Ant. Stodach.  
**Vergebung von Erd-, Eisen- und Betonarbeiten.**

- Herstellen von ca. 4750 lfdm. Düell- und Rohrgraben.
  - Liefern und Verlegen von ca. 4600 lfdm. gußeisernen Muffenröhren von 40-100 mm Lichtweite nebst allem Zubehör.
  - Herstellen einer Brunnenstube und eines Hochbehälters aus Beton (Nutzinhalt des letzteren 75 cbm).
- Nach Einzelpreisen gestellte Angebote sind bis  
B. 689.2.1  
Freitag den 27. Juli 1. J., nachmittags 1/4 Uhr, beim Gemeinderat einzureichen, von dem auch die Angebotsformulare bezogen werden können. Pläne und Bedingungen liegen auf dem Rathaus in Hoppetenzell zur Einsicht offen.  
Konstanz, den 11. Juli 1906.  
Großh. Kulturinspektion.

## Nutzholzversteigerung.

Die Gr. Forstamt St. Blasien versteigert im „Felsenkeller“ in St. Blasien 9300 Nadelholz-Stämme und -Ränge mit 8100 Festmeter (größtenteils Fichten), darunter ca. 600 Festmeter Spalholz, und zwar jeweils **vormittags 9 Uhr** beginnend:  
am **Donnerstag den 26. Juli d. J.** 3300 Festmeter aus den Domänenwaldungen rechts der Alb (Dutzbeizle Mutterleben und St. Blasien I),  
am **Freitag den 27. Juli d. J.** 4800 Festmeter aus den Domänenwaldungen links der Alb (ehemals Wolfsboden). Losverzeichnis liefert das Forstamt. B. 623.2.2

## Vergebung von Banarbeiten.

Zur Errichtung eines neuen Abortgebäudes mit Zabrabschuppen für das Gymnasium hier sollen nachstehend genannte Arbeiten vorbehaltlich der städtischen Genehmigung im Wege des schriftlichen Angebotes auf Einzelpreise vergeben werden:

1. Erd- und Maurerarbeit,
  2. Zimmerarbeit,
  3. Schmelzarbeit,
  4. Holzschleiferei,
  5. Zementarbeit,
  6. Eisenkonstruktionen,
  7. Blecharbeit,
  8. Verputzarbeit,
  9. Bodenbelage (Plättchen),
  10. Glasarbeit,
  11. Schreinerarbeit,
  12. Schlosserarbeit,
  13. Tischlerarbeit.
- Pläne, Bedingungen und Arbeitsanträge liegen auf unserem Geschäftszimmer, Stefanienstraße Nr. 28, zur Einsicht auf. Dasselbe können auch gegen Zahlung der Herstellungskosten die Angebotsformulare in Empfang genommen werden.  
Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens **Montag den 23. d. M., mittags 4 Uhr**, verschlossen einzureichen, zu welcher Zeit auch die Eröffnung derselben stattfindet. Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.  
Karlsruhe, den 5. Juli 1906.  
Großh. Bezirksbauinspektion.

## Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

B. 686. Mit Wirkung vom 1. August 1906 wird im Badischen Gütertarif der Ausnahmefußtarif Nr. 20a für Smaach (Schmach) durch Aufnahme folgender Bestimmung ergänzt:  
„Bei Verwendung von gedeckten gebauten Wagen oder von offen gebauten Wagen mit Decke finden die Bestimmungen in § 49 der allgemeinen Tarifvorschriften des deutschen Eisenbahngütertarifs Teil I Abt. B keine Anwendung.“  
Karlsruhe, den 11. Juli 1906.  
Großh. Generaldirektion

## Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

B. 687. Mit Gültigkeit vom 15. Juli 1906 wird ein neuer Verbandsgütertarif Teil I Abt. B für die niederländisch-deutschen Eisenbahnenbündnisse eingeführt. Derselbe enthält die allgemeinen Tarifvorschriften nebst Güterklassifikation und tritt an Stelle des gleichnamigen Tarifs vom 1. Juli 1903 nebst Nachtrag I.  
Abbrüche des Tarifs sind zum Einzelpreis von 55 Pf. durch unsere Dienststellen zu beziehen.  
Karlsruhe, den 11. Juli 1906.  
Großh. Generaldirektion.

## Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

B. 684. Am 15. Juli d. J. wird die auf der Strecke Karlsruhe-Eppinac zwischen den Stationen Wöfingen und Bretten gelegene neu errichtete Station **Dürrenbüchig** dem Betrieb übergeben.  
Die Station ist für den Personen-, Reisegepäck-, Express-, Milch-, Traglasten-, Telegraphen- und Kleinverkehr eingerichtet.  
Karlsruhe, den 10. Juli 1906.  
Großh. Generaldirektion.

## Karlsruhe-Weißhofs-Südwestdeutscher Verband.

B. 708. Mit Gültigkeit vom 15. Juli 1906 werden die Stationen Bundenheim, Darmstadt Hauptbahnhof, Gufstabsburg, Mainz Hauptbahnhof, Mainz Hafen und Mannheim Redarvorstadt im Verkehr mit der Station **Dürrenbüchig** in den Ausnahmefußtarif 16 für Palmöl usw. des Tarifbestes B3 (Verkehr Mainz-Baden) einbezogen.  
Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.  
Karlsruhe, den 12. Juli 1906.  
Großh. Generaldirektion  
der badischen Staatseisenbahnen.